Datum: 01.03.2017

az AARAU
AARGAUER TAGBLATT AARAU, WYNENTAL-SUHRENTAL, LENZBURG-SEETAL

Schulversuch für mehr Flexibilität

Mit einem Pilotprojekt zur sogenannten neuen Ressourcierung haben elf Schulen im Kanton die Möglichkeit, ihr Bildungsangebot eigenständiger zu gestalten.

VON FABIAN HÄGLER

Gleich mehrere Bildungspolitiker, die sich zum «Buebetrickli» an der Kreisschule Mutschellen äusserten (siehe Artikel links), setzen grosse Hoffnungen in die «Neue Ressourcierung» der Schulen im Aargau. Derzeit läuft im Kanton ein Pilotversuch mit elf Schulen. Diese erhalten eine Pauschale pro Schüler und deutlich mehr Freiheit bei der Ausgestaltung ihres Bildungsangebots. Sie müssen dem Departement Bildung, Kultur und Sport keine Anträge für Lektionen mehr stellen, sondern erhalten alle Lektionen pauschal zugeteilt und sind dann frei, für welche Angebote sie diese verwenden wollen.

Eine erste Evaluation des Pilotversuchs, durchgeführt vom Institut für Bildungsmanagement und Bildungsökonomie der Pädagogischen Hochschule Zug, fällt positiv aus. Der Schulversuch sei gut gestartet und auf Kurs, heisst es in einem Zwischenbericht auf dem Schulportal Aargau. Diese grundsätzlich positive Einschätzung wird von Schulleitungen und Bildungsdepartement geteilt. Die von den Schulen installierten Abläufe und Prozesse zur Verteilung der Ressourcen hätten sich weitgehend bewährt. Auch die Zusammenarbeit der Schulleitungen mit dem Departement werde weitgehend positiv wahrgenommen. Rund ein Drittel der Lehrerinnen und Lehrer ist in diese Prozesse eingebunden. Sie wünschen sich laut dem Zwischenbericht eine höhere Einbindung und eine grössere Transparenz seitens der Schulleitungen.

Angst vor Sparmassnahmen

Die Planungssicherheit hat nach Angaben der Schulleitungen mit der neuen Ressourcierung zugenommen. Bei der Verteilung der Ressourcen seien bisher kaum Veränderungen festzustellen. Veränderungen in bestimmten Bereichen betreffen weniger als 2 Prozent des gesamten Ressourcenvolumens. Dieser Wert schwankt jedoch zwischen den Schulen, «was die Vermutung zulässt, dass sich aufgrund einer pauschalierten Ressourcierung spezifischer auf die Bedürfnisse der Einzelschule reagieren lässt».

An einigen Schulen seien mit dem Pilotversuch neue Unterrichtsformen entstanden oder geplant. Konkret werden die Einführung oder Weiterentwicklung altersgemischter Lerngruppen oder Beratungslektionen genannt. Sowohl die Lehrpersonen als auch die Schulleiter der Versuchsschulen halten das neue Ressourcierungsmodell für tendenziell innovationsfördernd. Bei beiden Gruppen bestehe jedoch die Sorge, dass das Modell in der Zukunft verstärkt zu Sparmassnahmen auf kantonaler Ebene führen könnte.

Datum: 01.03.2017

az AARAU
AARGAUER TAGBLATT AARAU, WYNENTAL-SUHRENTAL, LENZBURG-SEETAL

Bildungspolitik im Aargau
Was muss die Schule leisten – und was darf das kosten?

Buebetrickli an der Schule: Kritik kommt auch von links

Der umstrittene Versuch des Schulleiters der Kreisschule Mutschellen, mithilfe der Eltern mehr Geld vom Kanton für zusätzliche Stunden zu erhalten, löst bei Bildungspolitikern heftige Reaktionen aus. Nicht nur Bürgerliche finden das Vorgehen fragwürdig, auch Grünen-Grossrätin Ruth Müri äussert sich kritisch.

Datum: 01.03.2017

az AARAU
AARGAUER TAGBLATT AARAU, WYNENTAL-SUHRENTAL, LENZBURG-SEETAL

Heute ist an den Schulen mehr als die Vermittlung von Lesen und Schreiben gefordert – der kreative Versuch eines Schulleiters, zusätzliche Lektionen zu erhalten, wird dennoch von verschiedenen Seiten kritisiert.

SANDRA ARDIZZONE

VON FABIAN HÄGLER

Louis Isenmann, Gesamtschulleiter an der Kreisschule Mutschellen, forderte alle Eltern der Sek- und Realschüler auf, ihre Kinder für das Wahlfach Ethik und Religionen anzumelden. Mit diesem Trick wollte Isenmann erreichen, dass der Kanton der Schule mehr Geld zuspricht (die az berichtete). Die zusätzliche Lektion sollte als Klassenstunde genutzt werden, doch der Plan misslang: Der Elternbrief wurde letzte Woche publik, die kantonale Schulaufsicht schritt ein und das Bildungsdepartement bezeichnete das gescheiterte «Buebetrickli» von Isenmann als Versuch, geltendes Recht zu umgehen.

SP-Grossrat Thomas Leitch, selber Sekundarlehrer auf dem Mutschellen, widerspricht dieser Einschätzung des Bildungsdepartements. «Es geht überhaupt nicht um eine Rechtsumgehung, sondern um das achtbare Anliegen der Schulleitung, innerhalb des legalen Rahmens für die Schülerinnen und Schüler das Optimum herauszuholen.»

Teil von Ethik und Religionen?

Der Lehrplan definiere für den Fachbereich Ethik und Religionen die beiden Themenschwerpunkte Religionen und Kulturen sowie Lebensgestaltung und Gemeinschaft, sagt Leitch: «Nur wenn alle Schüler das Wahlfach belegen, können diese für die Klassengemeinschaft wichtigen Themen mit der ganzen Klasse behandelt werden.»

CVP-Grossrätin Theres Lepori, die selber aus Berikon stammt, wo die Kreisschule ihren Standort hat, sieht das Vorgehen des Schulleiters als Hilfe-

Datum: 01.03.2017

az AARAU
AARGAUER TAGBLATT AARAU, WYNENTAL-SUHRENTAL, LENZBURG-SEETAL

schrei, «um dem Spardruck und den Kürzungen zu entgehen». Lepori, die in der Bildungskommission des Grossen Rates sitzt, erachtet die Klassenstunde «als sehr wichtiges Gefäss, um bereits brodelnde oder sich anbahnende Konflikte schon beim Entstehen und im Keim zu behandeln». Die Kompetenz der Konfliktfähigkeit müsse gelernt und geübt werden, findet Lepori. «Dies sind durchaus Themen, die Religionen und Ethik betreffen. Daher denke ich, das eine schliesst das andere nicht aus.»

Lepori findet, das Bildungsdepartement müsse sich Gedanken machen, ob die heutige Regelung zeitgemäss ist. Dass andere Schulen ähnliche Tricks angewendet hätten, zeigt für die CVP-Grossrätin, dass ein Bedürfnis besteht. Lepori: «Unterrichtsinhalte und -ziele können angepasst werden und sind nicht in Stein gemeisselt, nun sollte hier die Diskussion geführt werden.»

Thomas Leitch hält fest, die Schule müsse neben dem eigentlichen Unterricht immer mehr Erziehungsaufgaben übernehmen, ohne dass zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt würden. «Die Themen reichen von Umgang mit anderen über Konfliktlösung bis zu Konsumerziehung, nicht zu vergessen Gewalt- und Suchtprävention», zählt er auf. Genau diese Inhalte seien im Lehrplan für Religion und Ethik aufgeführt. «Und gerade deshalb macht es Sinn, wenn alle Schüler dieses Wahlfach wählen. Die Politik sollte genügend Ressourcen zur Verfügung stellen, statt kreative Lösungen zu verhindern.»

SVP-Grossrätin: «Inakzeptabel»

Ganz anders sieht SVP-Grossrätin Tanja Primault-Suter den Versuch von Louis Isenmann, mithilfe der Eltern der Sek- und Realschüler zusätzliche Lektionen zu erhalten. «Das Vorgehen der Kreisschule Mutschellen ist inakzeptabel, weil sie die Eltern mit Unwahrheiten von einer zusätzlichen Lektion überzeugen wollte.» Die Bildungspolitikerin der SVP hält fest, bisher hätten weder eine Klassenlektion noch Berufskunde als Schulstunden existiert. «Wir leben in einem Rechtsstaat, da kann nicht jeder tun, was er will», sagt Primault-Suter. Die SVP werde noch entscheiden, ob sie einen Vorstoss einreicht. Die SVP-Bildungsexpertin räumt ein, auch an Real- und Sekundarschulen werde zum Teil im Fachlehrersystem unterrichtet, deshalb habe der Klassenlehrer möglicherweise nur wenige Lektionen mit seiner Klasse. Statt einen zweifelhaften Elternbrief zu schreiben, hätte der Schulleiter aber besser das Gespräch mit dem Bildungsdepartement und der Politik gesucht.

Maya Bally, BDP-Grossrätin und Präsidentin der Schulpflege Hendschiken, bezeichnet das Vorgehen des Schulleiters als inkorrekt. «Es verstösst gegen gültige Reglemente und man könnte es zusätzlich auch als Instrumentalisierung der Eltern betrachten.» Ein Freifach solle zu einem Pflichtfach gemacht werden, wobei das Fach dann inhaltlich nicht gemäss Lernzielen unterrichtet werde – «schon sehr kreativ», urteilt Bally. Das misslungene «Buebetrickli» zeige aber auch die Problematik an den Schulen auf. «Ich hoffe, dies findet dann Berücksichtigung bei der Erarbeitung des neuen Aargauer Lehrplans und sensibilisiert alle Politiker dafür, hinzuschauen und hinzuhören.»

Freisinnige und Grüne einig

FDP-Bildungsexpertin Sabina Freiermuth findet das Vorgehen des Schulleiters auf dem Mutschellen fragwürdig, «zumal die Aussage, dass in der Stundentafel Lektionen gestrichen worden seien, schlicht falsch ist». Bereits im Vorfeld der grossen Lehrerdemo im letzten Herbst hätten einige Schulleitungen in Elternbriefen mit Halbwahrheiten operiert und so unbegründete Ängste vor Kürzungen geschürt, fügt sie an. Freiermuth betont: «Gerade von den Verantwortungsträgern der Schulen erwarte ich diesbezüglich ein spezielles Mass an Sorgfalt und Korrektheit.»

Freiermuth ist der Meinung, dass ein Schulleiter die Klassenstunde innerhalb der normalen Lektionen unterbringen kann. «Es vergeht an den Schulen kein Monat ohne Projektunterricht, Spezialstundenplan oder sonstige besondere Aktivitäten, da lässt sich auch eine Klassenstunde einbauen.» Wenn in einer Klasse tatsächlich Not bestehe, könnten Zusatz- oder Assistenzlektionen beantragt werden, sagt Freiermuth. «Dafür hätte der Schulleiter das Problem dem Bildungsdepartement aber offen kommunizieren müssen», ergänzt sie.

Ganz ähnlich wie die FDP-Grossrätin äussert sich erstaunlicherweise ihre grüne Ratskollegin Ruth Müri. «Das Vorgehen ist nicht korrekt, ein Freifach als Ersatz für eine Klassenstunde einzusetzen, scheint mir fragwürdig», sagt Müri, die in Baden als Stadträtin für das Bildungsressort verantwortlich ist. Die Grünen-Grossrätin hält fest: «Der Brief der Schulleitung an die Eltern ist irreführend, auch wenn der Schulleiter in guter Absicht gehandelt hat, um für die Schülerinnen und Schüler eine offenbar notwendige Stunde zu erhalten.»

Flexibilität für Schulleitungen

Themen wie Sozialkompetenz, Konfliktbewältigung oder auch verbindliche Regeln innerhalb einer Klasse seien wichtig, sagt Ruth Müri. «Das muss aber innerhalb der normalen Lektionen Platz finden, auch wenn gewisse Aspekte durchaus zu den Inhalten des Fachs Ethik und Religionen passen.» Mehr Geld zu verlangen, sei unter den aktuellen Rahmenbedingung kaum der richtige Ansatz, schliesslich habe es bei der Stundentafel ja keine Kürzungen gegeben. «Ich würde eher auf mehr Flexibilität und Kompetenz der Schulleitungen setzen», nennt Müri ihr Rezept. Grundsätzlich habe jede Schule ihre Besonderheiten und Bedürfnisse und müsste die Mittel auch entsprechend etwas flexibler einsetzen können, dies natürlich im Rahmen des Lehrplans.

Datum: 01.03.2017

az AARAU
AARGAUER TAGBLATT AARAU, WYNENTAL-SUHRENTAL, LENZBURG-SEETAL

«Es ist das achtbare Anliegen der Schulleitung, innerhalb des legalen Rahmens für die Schüler das Optimum herauszuholen.»

Thomas Leitch Grossrat SP, Sekundarlehrer

«Das Vorgehen, ein Freifach als Ersatz für eine Klassenstunde einzusetzen, ist nicht korrekt.»

Ruth Müri Grossrätin Grüne, Bildungsvorsteherin in Baden

«Es ist ein Hilfeschrei des Schulleiters, um dem Spardruck und den Kürzungen zu entgehen.»

Theres Lepori Grossrätin CVP, Bildungskommission

«Wenn in einer Klasse tatsächlich Not besteht, können Zusatz- oder Assistenzlektionen beantragt werden.»

Sabina Freiermuth Grossrätin FDP, Bildungskommission

«Das Vorgehen verstösst gegen Reglemente und man könnte es als Instrumentalisierung der Eltern betrachten.»

Maya Bally Grossrätin BDP, Schulpflegepräsidentin

«Die Schule wollte die Eltern mit Unwahrheiten von einer zusätzlichen Lektion überzeugen.»

Tanja Primault-Suter Grossrätin SVP, Sekundarlehrerin